

Zusammenfassung der Dissertation

1 Fragestellung und Untersuchungsdesign

Das Forschungsvorhaben der Dissertation wollte folgende Frage beantworten: Wovon hängt – jenseits kurzfristiger Schwankungen – die Abstimmungsgeschlossenheit von Parlamentsfraktionen ab? Die Relevanz dieses Forschungsvorhabens ergab sich – neben der Selbstaufklärung von Gesellschaft und der Kritik ideologischer funktionslogischer Vorstellungen – vor allem aus drei Überlegungen:

- Erstens stärken geschlossene Parlamentsfraktionen den Gehalt von ‚Parteimarken‘ und machen so die politische Verantwortlichkeit von und durch Parteien möglich.
- Zweitens beruhen viele Argumente der vergleichenden Politikwissenschaft auf einem Parteienverständnis, das von einheitlichen Kollektivakteuren ausgeht. Dies gilt etwa für die Koalitionsforschung oder den Vetospieleransatz (und dessen Absorptionsregel).
- Drittens ist die Geschlossenheitsforschung besonders bedeutsam, wenn es um die Wahl und Ausgestaltung eines Regierungssystems geht. Zu denken ist hierbei daran, dass (i) bestimmte Niveaus an Geschlossenheit das Funktionieren der jeweiligen Regierungssysteme beeinflussen; dass (ii) die Kausalität hinter dem Phänomen hoher Geschlossenheit für die Bewertung des Regierungssystems nicht unerheblich ist; und dass (iii) Geschlossenheitsniveaus *und* die zu ihnen führenden Kausalstrukturen nicht notwendigerweise gleich wünschenswert sein müssen, sodass sich normative Dilemmata auftun könnten.

Der Forschungsstand war sowohl hinsichtlich der forschungsleitenden Hypothesen wie auch der empirischen Daten ausreichend für einen Vergleich möglichst vieler Fälle. Es konnten daher viele der in der Literatur vermuteten Wirkungszusammenhänge in ein gemeinsames Modell integriert und so einer weitgespannten empirischen Vergleichsanalyse zugänglich gemacht werden. Vergleichende Forschungsarbeiten sind rar, besonders wenn beide Regierungssysteme – parlamentarisches und präsidentielles – Gegenstand der Analyse sind. Die wenigen Arbeiten, die sich dem Thema vergleichend nähern, weisen erhebliche Schwächen beim verwendeten Datenmaterial auf; zudem zeigen sich bei den Vergleichen Defizite hinsichtlich ihrer Operationalisierungen, der Fallauswahl und der Bestimmung der Grundgesamtheit. Dergleichen ist nicht selten auf eine ungenügende Kenntnis der Einzelfälle zurückzuführen. Ebenso finden sich in den Vergleichen Verzerrung aufgrund nicht berücksichtigter Variablen und jeweils verschiedener Datenauswertungsmethoden.

Um solche Schwächen in diesem vergleichenden Forschungsvorhaben zu vermeiden, wurde – methodisch möglichst transparent – sowohl theoriestend als auch theoriegenerierend vorgegangen, d. h. mit Blick auf die einzelfallspezifischen Erkenntnisse vorgegangen. Zudem wurden die Analysen auf die derzeit breitestmögliche Datenbasis gestellt. Auf diese Weise entstanden folglich empirisch korrekte Aussagen mit derzeit größtmöglicher Reichweite.

2 Theorie

Um das Forschungsvorhaben realisieren zu können, mussten zunächst alle in der Literatur auffindbaren wichtigen Hypothesen zusammengetragen und in ein eigenes, rationalwahlanalytisches Modell integriert werden: Mittels der den Abgeordneten unterstellten Interessen an der Wiederwahl, politischen Ämtern sowie der Umsetzung politischer Inhalte im Lichte der – variabel gedachten – institutionellen Arrangements, wurden konkrete Hypothesen zur Ausprägung der Geschlossenheit erarbeitet. Dabei wurden die in der Literatur weithin getroffene vereinfachende Annahmen systematisch endogenisiert. Dies betrifft etwa die Wiederwahlorientierung der Abgeordneten oder die Heterogenität der Parlamentsfraktionen. Zusätzlich wurden konstruktivistische Hypothesen eingeführt. Zu den vermuteten Kausalfaktoren des Gesamtmodells gehören im Einzelnen: die Ausgestaltung der Regierungssysteme, die Agendasetzungsregime, die Wahlsysteme, die Kandidatenselektionsstrukturen, klientelistische Politik und Ämterpatronage, der Oppositions- und Regierungsstatus, die Knappheit der Mehrheiten, die Institutionalisierung von Parteien, der Wert der Parteimarken, die Rolle der Sozialisation und Rekrutierung, die innerfraktionelle Arbeitsteilung und das Ausmaß der demokratischen Partizipation.

3 Daten

Die Grundgesamtheit, über die es Aussagen zu treffen galt, stellen alle Parlamentsfraktionen in Parlamentarismen mit faktisch freiem Mandat dar, d. h. Fraktionen im liberalen, nicht notwendigerweise auch demokratischen Parlamentarismus. Es wurden zwei Untersuchungspopulationen erstellt, nämlich (i) eine für die Fraktionen im parlamentarischen Regierungssystem (d. h. in Regierungssystemen mit Abberufbarkeitsregel) und (ii) solche in präsidentiellen Regierungssystemen. Das auf diese Weise geteilte Untersuchungsdesign ermöglichte die Operationalisierung jeweils unterschiedlicher Randbedingungen und Hypothesen für die jeweiligen Regierungssysteme. Für die abhängige Variable wurden alle in der Literatur verfügbaren und vergleichbaren Werte erhoben (Geschlossenheit von Parlamentsfraktionen in einem klar bezeichneten Zeitraum; Messung mittels einer weitgehend standardisierten Variante des ‚Rice-Index‘): Es wurden 432 Beobachtungen zu 25 parlamentarischen Regierungssystemen und 114 Beobachtungen zu 13 präsidentiellen Regierungssystemen zusammengetragen und untersucht.

4 Ergebnisse für das präsidentielle Regierungssystem

Der datenanalytische Zugriff auf die Empirie zum präsidentiellen Regierungssystem bestand aus einem stark theoriegenerierenden Vergleich mit einesteiils konfigurationell-vergleichender Fallanalyse und andernteils einzelfallorientierter Nahsicht. Es ergab sich eine komplexe Typologie ‚geschlossenheitssteigernder Mechanismen bzw. Mechanismenbündel‘, welche die konfigurationelle Kausalität der folgenden vier einschlägigen Kausalfaktoren abbildet: (i) die Institutionalisierung der Parteien, (ii) die Exklusivität der Kandidatenselektion, (iii) die Zentralität der Kandidatenselektion und (iv) der Klientelismus der Exekutive.

Die Messung der ‚Institutionalisierung von Parteien‘ mittels des ‚Evolutorischen Institutionalismus‘ gehört zu den analytischen Innovationen des hier verwendeten Forschungsdesigns: Gemessen wurde die Leitideenprägung einer Partei mittels ihrer Stellung in der Konfliktgeschichte des Landes. Entsprechend gelten maßgeblich an tiefliegenden Konflikten beteiligte Parteien als stark leitideengeprägt und somit institutionalisiert. Die Institutionalisierung, d. h. die Leitideenprägung, wurde institutionentheoretisch so interpretiert, dass mit ihr typischerweise drei Dinge einhergehen: ein starker Parteimarkennamen (d. h. große wettbewerbsdifferenzierende Eigenschaften der Parteimarkens) sowie kohäsionserzeugende Sozialisations- und Selbstrekrutierungsprozesse.

Es ergaben sich die folgenden fünf Realtypen geschlossenheitssteigernder kausaler Mechanismen bzw. Mechanismenbündel, welche die beobachtete hohe Geschlossenheit erklären.

- Realtyp 1: Geschlossenheitssteigerung ohne institutionalisierte Partei und ohne Selektorsmacht der Parteiführer oder der Partei; die Geschlossenheitssteigerung geschieht ganz maßgeblich über klientelistische Ressourcen (philippinische Fraktionen).
- Realtyp 2: Bei geringer Parteieninstitutionalisierung und geringen klientelistischen Ressourcen wirkt ein geschlossenheitssteigernder Mechanismus mit machtvolltem nationalem Akteur auf Basis der Selektionsmacht (nach-) parlamentarischer Kandidaturen, Ämter und Positionen (russische Machtparteien: NDR und Einheit Russland; die Faktionen Uruguays; Fraktionen Südkoreas, mit vermittelnden regionalen Akteuren).
- Realtyp 3: Die Geschlossenheitssteigerung wird durch eine hohe Parteieninstitutionalisierung (d. h. durch die Pflege des Parteimarkennamens und kohäsionsstiftender Sozialisations- und Rekrutierungsmuster) sowie zusätzlich einen machtvollen Akteur erreicht, dessen Macht auf seiner Selektionsbefugnis (nach-) parlamentarischer Karrieren gründet. Klientelismus ist gering ausgeprägt und spielt keine kausal relevante Rolle (chilenische Fraktionen; die russische KPRF und LDPR; die Einzelparteien des uruguayischen Frente Amplio).
- Realtyp 4: Er ist der dritten Ausprägungskonfiguration sehr ähnlich, unterscheidet sich jedoch hinsichtlich der Zentralität des Selektorats: Statt einem nationalen Selektorat stellen hier regionale Parteiführer die machtvollen Akteure dar. Sie führen ihre regionalen Delegationen zusammen und schließen sodann die nationale Fraktion mittels des Anreizes zur Parteimarkenspflege und auf Grundlage der kohäsionsstiftenden Sozialisations- und (Selbst-)Rekrutierungsprozesse (argentinische Fraktionen; mexikanische Fraktionen; das uruguayische Parteienbündnis Frente Amplio).
- Realtyp 5: Geringer Klientelismus und inklusive, jedoch innerparteiliche Selektorate treffen mit hoher Parteieninstitutionalisierung zusammen. Die Geschlossenheitssteigerung wird ganz maßgeblich über die Anreize zur Parteimarkenspflege und kohäsionsstiftende Sozialisations- und (Selbst-)Rekrutierungsprozesse geleistet (brasilianische PT; peruanische APRA; der russische Jabloko).

Die einzelnen Realtypen wurden in fallorientierten Nahsichtskizzen beschrieben und – soweit es die einzelfallorientierte Forschung erlaubt – hinsichtlich der wirkenden Kausalprozesse dargestellt („process tracing“). Ebenso konnten weitere Mechanismen, die Einfluss auf die Steigerung der Fraktionsgeschlossenheit haben, validierend untersucht werden. So gelang es nachzuweisen, dass kein kausaler Zusammenhang zwischen dem Wahlsystem und der Fraktionsgeschlossenheit gibt. Gleiches gilt für Agendasetzungsregime und einige weitere Faktoren des forschungsleitenden Modells (z. B. Parlamentarisierung des präsidentiellen Regierungssystem, die Mitgliedschaft in der Präsidentenkoalition, unilaterale Gesetzgebungsbefugnisse des Präsidenten sowie dessen Veto- und Agendamacht). Außerdem wurden validierende Analyse jener Fraktionen mit geringer Geschlossenheit, also ausbleibender Geschlossenheitssteigerung (dies wiederum in auflösungskräftigen Nahsichtskizzen) durchgeführt. Schließlich wurden weitere validierende Analysen mit kontrafaktischem Fallmaterial betrieben.

Zu den methodischen Einsichten der Dissertation gehört, dass sich die „Qualitative Comparative Analysis“ (QCA) und einzelfallspezifisches Verständnis sehr produktiv miteinander verbinden lassen. Die geschah zunächst bei der Generierung von Wahrheitswerttabellen in einem Wechselprozess aus der Erarbeitung bzw. Sichtung von einzelfallspezifischen Erklärungen und deren vergleichend-systematischer Zusammenführung in einem einheitlichen Theorierahmen; sodann bei der Beurteilung der logisch möglichen Ergebnisse hinsichtlich ihrer empirischen Plausibilität; und schließlich bei der Beurteilung von kontrafaktischen Konfigurationen. Zum ersten Mal ist darum in der vorliegenden Auflösungskraft gelungen, was Charles C. Ragin in seinem Buch „The Comparative Method“ bereits 1987 als einen produktiven theoriegenerierenden Dialog zwischen Theorie und Daten konzeptualisierte.

5 Ergebnisse für das parlamentarische Regierungssystem

Für das parlamentarische Regierungssystem ergab sich aus der schier unendlichen Anzahl der zu untersuchenden Beobachtungen, dass nicht fallorientiert, sondern variablenorientiert-theoretisch vorgegangen wurde: Da 432 Beobachtungen auszuwerten waren (d. h. 432 raumzeitlich abgrenzbare Fraktionen mit ihrem Geschlossenheitswert), wurde die Analyse mittels vergleichender Zeitreihenanalysen („time series cross-sectional analysis“) als Regressionsanalyse durchgeführt. Dabei konnten die folgenden wesentlichen Befunde geborgen werden.

- Für die Repräsentationsvorstellungen konnte ein moderater, jedoch überaus robuster Einfluss auf die Fraktionsgeschlossenheit nachgewiesen werden. Im Ergebnis sind liberale und grüne Parteien eher weniger geschlossen, während extremistische Parteien geschlossener agieren als die Parteien der Mitte.
- Wie beim präsidentiellen Regierungssystem konnte die Parteieninstitutionalisierung als robuster Faktor herausgearbeitet werden – wenn auch dieser Effekt nicht sonderlich ausgeprägt ist.
- Erstmals in der Forschung wurden eine Reihe von Faktoren getestet, die sich allesamt im Zeitverlauf stärker ausprägen: (i) die demokratische Partizipation bei der Bestellung der Abgeordneten, (ii) das Ausmaß der innerfraktionellen Arbeitsteilung, (iii) die Institutionalisierung der Parteien sowie die (iv) Institutionalisierung der Regierungssysteme. Die Effekte dieser Faktoren konnten zum ersten Mal in der Forschung separiert werden, weil in der vorliegenden Dissertation Material zu den vergangenen zwei Jahrhunderten ausgewertet wurde. Für (i) die demokratische Partizipation konnten sehr robuste und stark positive Koeffizienten beobachtet werden (was für die selbstdisziplinierenden Effekte einer zu pflegenden wettbewerbsdifferenzierenden Parteimarke spricht); für (ii) die innerfraktionelle Arbeitsteilung waren ebenfalls starke und robuste Koeffizienten zu konstatieren; für (iii) die Institutionalisierung der Parteien und (iv) des Regierungssystem wurden zwar viel schwächere Koeffizienten als bei den beiden vorgenannten Faktoren beobachtet, doch waren diese ebenfalls sehr robust.
- Die Wahlsysteme und Agendasetzungsregime waren – wie auch im präsidentiellen Teil der Untersuchung – nicht einschlägig. Vor dem Hintergrund der einschlägigen theoretischen Vermutungen überrascht das. Offenbar sind die vermuteten Effekte nur dann zu beobachten, wenn besondere Randbedingungen vorliegen (z. B. am unteren Ende der Varianz der Geschlossenheitswerte oder wenn innerhalb von Parteien starke Fraktionen agieren).
- Für die Kandidatenselektionsstrukturen konnten bei der bestehenden Datenlage keine Effekte nachgewiesen werden (Umfang und Qualität der Daten ist jedoch durch zukünftige Forschung noch verbesserungsfähig).
- Die an der Unterscheidung von Regierungs- und Oppositionsparteien festgemachten Effekte konnten nicht klar bestätigt werden. Die Größe der Mehrheitsüberschüsse senkt allerdings die Geschlossenheit der Regierungsfaktionen. Außerdem sind Minderheitenregierungen geschlossener als Mehrheitsregierungen.

- Uneinheitliche und eher Nullbefunde lassen sich für die Parlamentsauflösung als eine Folge verlorener (Vertrauens-) Abstimmungen festhalten. Dennoch gibt einige empirische Beispiele für die Durchbrechung der parlamentarischen Selektionslogik, zum Beispiel durch einen Defekt der Abberufbarkeitsregel, durch übergroße Koalitionen, Hegemonialparteien oder Zuschreibungsdefizite beim parlamentarischen Handeln der Akteure. Das sind jedoch Faktoren, die sehr einzelfallspezifisch sind und im forschungsanleitenden Modell keine systematische Beachtung fanden.

Sowohl die Befunde zum parlamentarischen Regierungssystem als auch zu den Fraktionen des präsidentiellen Regierungssystem passen gut zu den in der Literatur zu findenden Befunden zum Schweizer Nationalrat und zum Europäischen Parlament. Auch von daher sind die Ergebnisse dieser Arbeit als valide einzuschätzen.

Die Reichweite der Befunde ist insofern groß, als das gesamte bisher verfügbare Datenmaterial analysiert wurde. Die Reichweite ist allerdings insofern eingeschränkt, als die Fallauswahl durchaus nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit (alle Fraktionen im liberalen Parlamentarismus) ist. Das ist freilich ein typischer Malus vergleichender Politikwissenschaft. Jedoch: Fallsuchstrategien für die in der Arbeit dargestellten und zu korrigierenden Verzerrungen des vorliegenden Datenkorpus ergeben sich für die präsidentiellen Untersuchungen leicht aus den Wahrheitswerttabellen und den konfigurationellen, insbesondere auch kontrafaktischen Analysen. Für das parlamentarische Regierungssystem ergibt sich, dass vor allem Fraktionen empirisch aufzuarbeiten sind, die in politischen Systemen mit viel Patronage oder hohem Klientelismus oder geringer Institutionalisierung von Parteien agieren. Wird die empirische Analyse in dieser Weise angereichert, ist zu erwarten, dass die erarbeiteten Kausalgefüge im Sinne äquifinaler Kausalität – entlang entsprechender Randbedingungen – ergänzt werden.

6 Normative Befunde

Die erhobenen Geschlossenheitsniveaus und die zu ihnen führenden, in der empirischen Analyse aufgespürten Kausalprozesse wurden vier normativen Beurteilungen unterzogen. Es wurden (i) die jeweiligen möglichen Geschlossenheitsniveaus im präsidentiellen und (ii) im parlamentarischen Regierungssystem beurteilt. So wurden wünschenswerte Geschlossenheitsniveaus identifiziert. Außerdem wurden die kausalen Mechanismen, die solche wünschenswerten Geschlossenheitsniveaus hervorbringenden (iii) für das präsidentielle und wiederum (iv) für das parlamentarische Regierungssystem normativ beurteilt. In Zusammenschau der Antworten auf all vier Werturteile ergab sich eine Antwort auf die zentrale Fragestellung vergleichender Regierungssystemforschung: Welches ist das bessere Regierungssystem?

- Hinsichtlich der *wünschenswerten Geschlossenheitsniveaus* wurden drei Beurteilungsgesichtspunkte zur Bewertung herangezogen, nämlich: Generierung klarer Verantwortlichkeit, Transaktionskosteneffizienz bei der Suche von Mehrheiten, sowie die Vermeidung von Entscheidungsblockaden. Zieht man diese zur Beurteilung der Geschlossenheitsniveaus heran, ergibt sich für (i) das präsidentielle Regierungssystem ein mindestens mittleres, besser jedoch hohes Niveau an Geschlossenheit als wünschenswert; für (ii) das parlamentarische Regierungssystem ergibt sich ein klar hohes Niveau an Geschlossenheit als wünschenswert. In beiden Regierungssystemen ist dies, empirisch gesehen, auch ein generell möglicher Zustand, wenn auch im präsidentiellen Regierungssystem sich Abweichungen vom guten, nämlich dem hohen Niveau an Geschlossenheit sehr viel häufiger einstellen als im parlamentarischen Regierungssystem.
- Hinsichtlich der zu bewertenden (iii) *Kausalmechanismen* für die Geschlossenheitssteigerung im *präsidentiellen Regierungssystem* ergibt sich, dass nur ein Mechanismesbündel (Realtyp 5) hinsichtlich der hier herangezogenen sieben Beurteilungsgesichtspunkte (Transaktionskosten, Responsivität und Führung, Teilhabe, Transparenz der internen Abläufe, verhältnismäßiger Komplexität, Einfachheit der Konstruierbarkeit) normativ nicht zu beanstanden ist. Alle anderen Typen sind demgegenüber normativ abzulehnen. Gerade jedoch Realtyp 5, der sich auf institutionalisierte Parteien stützt, ist durch politisches Systemdesign schwer herzustellen. Das Dilemma für das präsidentielle Regierungssystem lautet darum: Was an Fraktionsgeschlossenheit wünschenswert ist, lässt sich am ehesten mit Kausalmechanismen herstellen, die wenig wünschenswerte Eigenschaften aufweisen (z. B. geringe Teilhabe, hohe Transaktionskosten, geringe Transparenz, irresponsive Strukturen).
- Für (iv) die *Kausalmechanismen* bei der Geschlossenheitssteigerung für das *parlamentarische Regierungssystem* ist festzuhalten, dass diese im Zuge der Abberufbarkeitsregel und der identifizierten weiteren einschlägigen Kausalfaktoren normativ unbedenklich sind. Eingedenk aller hier auch einzubringenden Einwände gegen mögliche Selektionsverzerrungen bleibt der Befund bestehen, dass wünschenswerte Geschlossenheitsniveaus stets verlässlich mit wünschenswerten Kausalmechanismen erzeugt werden und – besonders bedeutsam – diese durch voluntaristisches Systemdesign sehr

wahrscheinlich hervorgerufen werden können. Das Gute ist auch hier zwar nicht das Unvermeidliche, jedoch ist es das Wahrscheinliche und obendrein vergleichsweise kostengünstig herzustellende.

Weitreichende Folge dieser normativen Befunde ist, dass die Regierungssystemdebatte wieder klar zu Gunsten des parlamentarischen Regierungssystems aufzulösen ist. Fraktionen in präsidentiellen Regierungssystemen schließen sich durch Praxen zusammen, die – sofern der hier genutzte Bewertungsmaßstab von der Bürgerschaft geteilt wird – delegitimierend und darum potentiell destabilisierend sind. Zudem – und das erscheint besonders bedeutsam – ist es wenig stimmig, die Probleme des präsidentiellen Regierungssystems durch den gemeinhin gefeierten Koalitionspräsidentialismus gelöst sehen zu wollen. Vielmehr zeigen die vorliegenden Befunde, dass Koalitionen allein schon deshalb allenfalls eine oberflächliche Lösung für das Problem der Gewaltentrennung sind, weil deren Konstituenten, nämlich einigermaßen geschlossene Fraktionen, durch normativ wenig wünschenswerte Mechanismen erzeugt werden. Vielmehr kehren alle in der Debatte diskutierten normativen Probleme in den innerfraktionellen Praxen wieder. Wenn dies – selten genug – nicht der Fall ist, nämlich bei Realtyp 5, ist die gezielte Konstruktion von politischer Geschlossenheit beinahe unmöglich. Denn bei Realtyp 5 wird es nötig sein, institutionalisierte Parteien herzustellen, was viel politische Energie und nicht wenig Zeit in Anspruch nehmen wird. Zudem wird es – wie die Erfahrungen vieler Parteiensysteme zeigen – nur dann gelingen, wenn diesbezügliche Bemühungen in einem möglichst politisch-konfliktiven Kontext angestrebt werden. Diese Kontexte sind jedoch in aller Regel weder voluntaristisch herzustellen, noch dürften sie hinsichtlich der damit einhergehenden Nebenwirkungen – auch das zeigt die Erfahrung – als klar wünschenswert angesehen werden. Darum bringt die Befundlage die Regierungssystemdebatte zurück an ihren Anfang, zurück also zu jenem Beitrag von Juan Linz aus dem Jahr 1994 und der Feststellung: Das parlamentarische Regierungssystem ist dem präsidentiellen klar vorzuziehen, weil es hinsichtlich zentraler wünschenswerter Eigenschaften (siehe die obigen Beurteilungsgesichtspunkte) weit einfacher herzustellen ist.

7 Einsichten für weitere Forschungen

Die vorliegende Dissertation macht deutlich, das nicht für möglich gehaltene weitgespannte Vergleichsforschung eben doch durchführbar ist. Und zwar ist dies nicht nur als ‚Alters-Opus-Magnum‘ zu leisten gewesen: trotz schwierig zu leistender Operationalisierungen, trotz Quellen in diversen Sprachen, trotz teils geringster Datenniveaus, trotz aufzusplittender Untersuchungspopulationen, trotz multimethodischen Analyseanforderungen und trotz komplexer Kausalstrukturen. Die dem Autor im wissenschaftlichen Antrags- und Stipendienwesen mitunter entgegengeschlagene Skepsis bis hin zur offenen Ablehnung fand keine Entsprechung im Forschungsprozess.

Wünschenswerte Weiterführungen der Geschlossenheitsforschung sollten mehr und andere Fälle, andere Handlungsfelder und -gegenstände in den Blick nehmen. Es wären auch ‚nach unten hin‘ nicht nur die geschlossenheitssteigernden, sondern überhaupt gruppengenerierende bzw. gruppengestabilisierende Faktoren systematisch zur berücksichtigen. Hinzu kämen viele einzelfallspezifische Forschungen, die besonders von den hier identifizierten Kausalfaktoren und deren Operationalisierung profitieren könnten. Außerdem fehlt noch immer eine – zunächst einzelfallspezifisch zu entwickelnde – Methodik, mittels welcher sich die beobachtete Varianz der Geschlossenheit in Kohäsions-, Disziplin- und Selbstdisziplineffekten zerlegen lässt.

Darüber hinaus machen die Grenzen der vorliegenden Dissertation – wieder einmal – deutlich, dass vergleichende politikwissenschaftliche Forschung auf die adäquate Beschreibung politischer Systeme angewiesen ist. Schließlich sind es nicht nur Theorieprobleme, also Probleme bei der Forschungsanleitung, die systematische Vergleiche behindern. Vieles spricht sogar dafür, dass – zumal die Parlamentarismusforschung – in den letzten 25 Jahren wesentliche Theoriesiderata angegangen ist. Zuvörderst erkenntnisbehindernd – nicht nur für die Parlamentarismusforschung – ist jedoch ein Mangel an validen vergleichbaren Daten. Im Schlussteil der Dissertation wurde darum die vergleichsweise geringe Summe von nur einer Milliarde Euro für die Generierung von Daten, also die Beschreibung politischer Systeme und deren Institutionen in vergleichender und historischer Perspektive gefordert. Das wäre unerlässlich nicht nur für einen großen Fortschritt der Parlamentarismusforschung, sondern ganz allgemein für die Forschungen zur Bildung und Stabilisierung politischer Ordnung. Denn: Technisch-naturwissenschaftliche Forschungen werden wenig nützen, wenn beispielsweise das eines Tages erfundene Heilmittel für die Aids-Krankheit nicht verteilt werden kann, weil nicht gewusst wird, wie die dafür nötigen sozialen und politischen Strukturen hergestellt und stabilisiert werden können. Vielleicht liegt der Schlüssel für mehr Lebensqualität dann nämlich doch nicht allein in den technisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten, sondern ganz wesentlich auch in einer theoretisch gut angeleiteten und empirisch gesättigten vergleichenden Sozialwissenschaft.